

Prof. Dr. Michael Meyen, Sabine Toussaint  
LMU München  
Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung

Juli 2017

Bayerischer Forschungsverbund  
**Die Zukunft der Demokratie (ForDem)**

**1. Ausgangspunkt, Forschungsproblem und Zielsetzung**

Der Brexit und Donald Trump, die Regierungen Orbán, Kaczyński und Erdoğan, die politische Polarisierung und die Wahlerfolge von Populisten in West- und Nordeuropa, der Aufstieg der AfD, Wutbürger auf der Straße und in den sozialen Netzwerken sowie der Mitgliederschwund von Parteien, Gewerkschaften, Verbänden oder Kirchen – von Organisationen, die in der Vergangenheit Normen und Werte bereitgestellt oder diskutiert und so die öffentliche Meinungs- und Willensbildung genau wie das Handeln von Individuen, Gemeinschaften und Gesellschaften entscheidend beeinflusst haben: Die Demokratie und ihre Prinzipien wie die politische Gleichheit aller, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, Minderheitenschutz und Partizipation scheinen ausgerechnet in einer Zeit an Strahlkraft zu verlieren, in der die Menschheit vor existentiellen Herausforderungen steht. Anders formuliert: Es steht das Vertrauen in die politische „Weisheit der vielen“ und ihre Fähigkeit auf dem Spiel, die Folgen von Klimawandel, Bevölkerungsexplosion und Ressourcenschwund zu beherrschen sowie der Bedrohung durch den Terrorismus zu begegnen. In der wissenschaftlichen Literatur mündet diese Skepsis in Begriffe wie „Postdemokratie“ (Crouch 2004, Wolin 2008), „defekte Demokratie“ (Merkel et al. 2003), Fassadendemokratie (Streeck 2013) oder „simulative Demokratie“ (Blühdorn 2013). Larry Diamond (2008) spricht mit Blick auf den Siegeszug autokratischer Herrscher und die Legitimationskrise der Demokratie sogar von einem „democratic rollback“ und Martin Sebaldt (2015) umfassender von einer „Pathologie der Demokratie“.

Der geplante Forschungsverbund nimmt diese Krisen-Diagnosen als Ausgangspunkt, konzipiert Demokratien aber mit Wolfgang Merkel (2016) als „dynamische Systeme“ und fragt, wie Partizipations- und Entscheidungsverfahren sowie möglicherweise auch die Vorstellung von Demokratie an sich so modifiziert werden können, dass sie in der Lage sind, angemessen auf die Probleme des 21. Jahrhunderts zu reagieren.

Dazu gehören

- die bereits genannten Bedrohungen der natürlichen Lebensgrundlagen, für die das Schlagwort Anthropozän steht,
- die neuen Formen des Terrorismus,
- die Globalisierung und Deregulierung der Finanz- und Wirtschaftsmärkte, die Verschuldung öffentlicher Haushalte und (eng damit verbunden) die wachsende soziale Ungleichheit, die die Idee der politischen Gleichheit aushöhlt,
- die Verlagerung von Kompetenzen aus Parlamenten in Expertengremien, Kommissionen und Institutionen, die nicht vom Volk gewählt werden, und der Souveränitätsverlust der Nationalstaaten (Stichwort EU),
- der Strukturwandel der Öffentlichkeit, der durch Smartphones und soziale Netzwerke befeuert wird, Politik, Behörden und Massenmedien genau wie Gerichte, Schulen, Hochschulen oder große Unternehmen einem vorher so nicht gekannten Legitimationsdruck aussetzt und populistische Strömungen offenkundig begünstigt,
- das Internet als öffentlich zugänglicher Speicher von unendlich vielen individuellen Erfahrungen, als Kanal, über den jeder jederzeit seine ganz persönliche Meinung zu allem und jedem kundtun kann, sowie als Mobilisierungsraum für neue Parteien und politische Bewegungen,
- die damit verbundenen Schwierigkeiten der klassischen Rückkopplungskanäle Meinungsforschung und Journalismus, die Stimmungen in der Bevölkerung adäquat zu erfassen und politischen Amtsträgern so zu ermöglichen, auf die Interessen der Bürger einzugehen (Responsivität), und nicht zuletzt
- der Entscheidungsdruck, der entsteht, weil punktuelle und nicht vorhersehbare Ereignisse an (geografisch oder sozial) weit entfernten Orten in einer Zeit medialer Omnipräsenz sofortiges Reagieren erfordern und so bewährte Prozesse der Deliberation aushebeln.

Wenn der Forschungsverbund auf die Adaptionfähigkeit demokratischer Systeme zielt, folgt er der Überzeugung des WBGU (2011: 55), dass die „große Transformation“ nicht von oben verordnet werden kann, sondern dass die Bürgerinnen und Bürger an der „Herstellung legitimer, gerechter, kreativer und dauerhafter Problemlösungen für ein nachhaltiges Leben“ aktiv mitwirken müssen. Die Lösungsvorschläge, die ForDem erarbeiten will, sollen sich sowohl auf empirisch-analytische als auch auf normative Forschungsprojekte stützen, die wenigstens zum Teil bereits bei der Antragstellung Partner außerhalb der Hochschule

einbeziehen. Der Verbund versteht sich damit selbst als ein Experimentierfeld für transdisziplinäre Ansätze in den Geistes- und Sozialwissenschaften.

Das Themenspektrum umfasst

- neben den klassischen Verfahren und Orten der Demokratie (Wahlen und Parteien; nationale, regionale und kommunale Parlamente) Formen der direkten Demokratie sowie der Bürgerbeteiligung und damit auch das Zusammenspiel von Politik, Verwaltungen und der Zivilgesellschaft, die sich in Vereinen, Bürgerinitiativen oder NGOs organisiert,
- die Selbstverständigung der Gesellschaft über Ziele, Identitäten, Werte und Normen,
- die Akzeptanz und Legitimation von politischen Verfahren und Entscheidungen,
- Wirtschaft (und damit das Verhältnis von Demokratie und Wirtschaftssystem) sowie Erwerbsarbeit (Führungsverständnis, Mitbestimmung, Partizipation),
- Daseinsvorsorge, Wissenschaft und Bildung sowie
- die Vermittlung, die Reproduktion und das Einüben demokratischer Prozesse im Bereich der Jugendarbeit.

Wichtigstes Ziel des Forschungsverbundes sind Lösungsvorschläge für die Legitimationskrise der Demokratie. Jedes der Einzelprojekte sollte sich deshalb einem (oder mehreren) der drei folgenden Schwerpunkte zuordnen lassen:

- Responsivität: Wie erfahren Verantwortliche in Politik, Wirtschaft und Verwaltung (um nur drei offensichtliche Bereiche zu nennen), was die Menschen in ihrem Verantwortungsgebiet bewegt und worauf sie folglich reagieren müssen?
- Partizipation: Wie gelingt es, Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen in den unterschiedlichen Zusammenhängen (Arbeit, Bildung, Ehrenamt, Freizeit) an Entscheidungs- und Willensbildungsprozessen zu beteiligen und so möglichst alle Interessen einfließen zu lassen?
- Repräsentation: Wie lässt sich die Akzeptanz von Entscheidungen in einer Kommunikationsumgebung sichern, in der jeder alles permanent öffentlich auf den Prüfstand stellen kann?

Dieses Ziel schließt rein historisch oder ideengeschichtlich ausgerichtete Projekte aus und soll stattdessen die Untersuchung konkreter Beispiele anregen.

## **2. Inter- und transdisziplinäre Ausrichtung des Verbunds**

Die aufgeworfenen Probleme und Fragen werden von zahlreichen Disziplinen in den Sozial-, Geistes-, Erziehungs-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften adressiert. Die mit der akademischen Reputationslogik verbundene Fixierung auf Gegenstände, Theorien und Methoden, die im jeweiligen Feld gerade für wichtig gehalten werden, erschwert oder verhindert aber erstens die Wahrnehmung von Ergebnissen außerhalb des eigenen Fachs und zweitens den Austausch mit der Praxis. Auf den Punkt gebracht: Gerade in einer Umbruchsituation, wie wir sie gegenwärtig erleben, sind Entscheidungsträgerinnen und -träger in allen gesellschaftlichen Bereichen auf Handlungsempfehlungen angewiesen, die sich auf inter- und transdisziplinäre Forschung stützen und die Erfahrungen berücksichtigen, die gesellschaftliche Akteure außerhalb der Wissenschaft einbringen können.

Der Forschungsverbund „ForDem: Die Zukunft der Demokratie“ will diesen Austausch zwischen Hochschule und Praxis sowie über Disziplingrenzen hinweg ermöglichen. In der Zusammenarbeit von Forscherinnen und Forschern sowie gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren soll ausgelotet werden, wie die Gesellschaft auf die Herausforderungen reagieren kann, die mit der Legitimationskrise der Demokratie verbunden sind. Der Verbund bearbeitet dazu einerseits Forschungsfragen, die im jeweiligen fachlichen Kontext innovativ sind und den disziplinären Kenntnisstand entscheidend bereichern, und integriert die entsprechenden Befunde andererseits so, dass sie in die akademische Diskussion, in die außeruniversitäre Praxis und den gesellschaftlichen Diskurs über die Zukunft menschlichen Zusammenlebens eingespeist werden können. Bewertungskriterium ist deshalb neben der wissenschaftlichen Exzellenz auch die interne und externe Anschlussfähigkeit der Projekte. Dies ist von den ausgewählten Antragstellerinnen und Antragstellern explizit auszuführen.

## **3. Bezug zu anderen Forschungsaktivitäten und weitere Drittmittelakquise**

Mit seinem Fokus auf die Adaption demokratischer Systeme, mit seinem klaren sozialwissenschaftlichen Kern sowie mit seinem transdisziplinären Ansatz ergänzt der Forschungsverbund laufende Forschungsaktivitäten in Bund und EU.

Mit der Einrichtung des Verbunds ist die Erwartung verbunden, dass die Zusammenarbeit der Beteiligten zu weiteren Kooperationsanträgen führt und so erfolgreich Drittmittel, insbesondere von DFG, BMBF und EU, eingeworben werden können. Dies wird durch die Geschäftsstelle gefördert, indem themenspezifische Arbeitsgruppen relevante

Ausschreibungen diskutieren und Anträge ausarbeiten und der Aspekt der Forschungsförderung in der verbundbezogenen Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses aufgegriffen wird.

#### **4. Organisation des inter- und transdisziplinären Dialogs**

Die Ausschreibung richtet sich in erster Linie an im weitesten Sinne sozialwissenschaftlich arbeitende Forscherinnen und Forscher an bayerischen Hochschulen (Politikwissenschaft, Kommunikationswissenschaft, Erziehungswissenschaft, Bildungswissenschaft, Wirtschaftswissenschaften, Rechtswissenschaft, Soziologie, Psychologie, Area Studies), richtet sich aber auch an Kolleginnen und Kollegen aus den Geisteswissenschaften (etwa: Philosophie, Theologie, Germanistik, Komparatistik), um den notwendigen Anschluss an die ethischen oder philosophischen Fragen zu sichern, die mit der Legitimationskrise der Demokratie verbunden sind, und die vergleichende Perspektive einzubeziehen.

Die interne Zusammenarbeit wird in Arbeitsgruppen oder Clustern zu Querschnittsthemen strukturiert, die von den Projektleitungen getragen werden. Der interdisziplinäre Austausch unter den Wissenschaftlichen Mitarbeitenden wird als Teil der Weiterbildung des Nachwuchses verstanden. Es ist an ein eigenständig organisiertes Nachwuchsforum gedacht, das neben methodischen und kreativen Weiterbildungen einen regelmäßigen Austausch über den jeweiligen Forschungsstand ermöglicht.

ForDem soll die Thematik „Zukunft der Demokratie“ nicht nur wissenschaftlich untersuchen, sondern den Wandel, den wir im Moment beobachten können, aktiv gestalten. Das bedeutet, dass gesellschaftliche Akteurinnen und Akteure bereits bei der Antragstellung als Impulsgeber und Projektpartnerinnen eingebunden werden können, um wissenschaftliche Fragestellungen stärker auf die Bedingungen in Gesellschaft und Arbeitswelt – dazu konkret im bayerischen Kontext – zuschneiden zu können.

Dieser auf Nachhaltigkeit ausgelegte transdisziplinäre Charakter der Verbundarbeit wird durch Vortrags- und Dialogveranstaltungen über die gesamte Verbundlaufzeit fortgeführt. Die im letzten Förderjahr durch jedes Teilprojekt zu erarbeitenden konkreten Handlungsempfehlungen können auf diese Weise hohe Wirksamkeit entfalten. Zugänge zu gesellschaftlichen Akteuren bietet das umfassende Netzwerk der Geschäftsführung.

Daneben läuft über die Geschäftsführung die generelle Öffentlichkeitsarbeit mit gedruckten und digitalen Informationsmedien, Podiumsdiskussionen und Tagungen sowohl mit Fachpublikum als auch mit Bürgerinnen und Bürgern jenseits des akademischen Betriebs. Dazu gehören kreative, narrative, künstlerische und spielerische Umsetzungen des erarbeiteten Wissens. Es ist geplant, mit Studiengängen für kreative Berufe und mit Partnern aus der Kreativwirtschaft zusammenzuarbeiten, um sowohl den interdisziplinären Dialog im Verbund zu fördern und wissenschaftliche Inhalte nach außen zu vermitteln als auch die Ergebnisse für die Ausbildung kreativer Berufe nutzbar zu machen.

### **5. Neue Formen der Wissenschaftskommunikation**

Die Legitimationskrise der Demokratie betrifft selbstverständlich auch die Wissenschaft selbst. Besonders heiß diskutiert wird hier im Moment neben den Veränderungen im Prozess der Wissensproduktion und der Organisation wissenschaftlicher Arbeit das Publikationswesen. Die entsprechenden Stichworte lauten Open Access, Wissenschaftsblogs und Social Media (vor allem: Twitter und Facebook) – alle angesiedelt im Spannungsfeld zwischen Qualitätssicherung und Zugang bzw. Vermittlung.

Der Forschungsverbund ForDem will die neuen Kommunikationsmöglichkeiten nutzen, in einem wissenschaftlichen Blog (angesiedelt auf der öffentlich finanzierten und werbefreien Plattform [hypotheses.org](https://hypotheses.org)) Fragen, Aktivitäten sowie Zwischenergebnisse diskutieren und so selbst ein Beispiel für den Wandel der Wissenschaftskommunikation und die Demokratisierung der Forschung liefern. Dabei soll einerseits an die Erfahrungen angeknüpft werden, die der Forschungsverbund ForChange gemacht hat (die Seite <https://resilienz.hypotheses.org> hatte allein von Januar bis Mai 2016 knapp 40.000 Zugriffe und damit deutlich mehr Leser als durchschnittliche sozialwissenschaftliche Fachzeitschriften oder Sammelbände), und andererseits die Sichtbarkeit durch den Einsatz von Social Media noch einmal deutlich verbessert werden. Außerdem ist geplant, in Kooperation mit den entsprechenden Abteilungen an bayerischen Hochschulen an weiteren Formen des digitalisierten und dialogorientierten Wissensaustausches zu arbeiten (Stichwort: eUniversity).

## Literaturangaben

Ingolfur Blühdorn: Simulative Demokratie. Berlin 2013

Colin Crouch: Post-Democracy. Oxford 2004

Larry Diamond: The Democratic Rollback. The Resurgence of the Predatory State. In: Foreign Affairs 2/2008, S. 36-48

Wolfgang Merkel: Krise der Demokratie? Anmerkungen zu einem schwierigen Begriff. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament 66. Jg. (2016), Nr. 40-42, S. 4-11

Wolfgang Merkel, Hans-Jürgen Puhle; Aurel Croissant; Claudia Eicher; Peter Thiery: Defekte Demokratie. Band 1: Theorie. Opladen 2003

Martin Seboldt: Pathologie der Demokratie. Wiesbaden 2015

Wolfgang Streeck: Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Frankfurt/Main 2013

Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation. Berlin 2011

Sheldon Wolin: Democracy Incorporated. Princeton 2008